

von
Sabine Franze

Die Autorin arbeitet seit 2009 als Program Officer Malaysia & Myanmar für das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Malaysia. Die FES begleitet den Gender Budgeting Prozess in Penang seit 2010.

Mit vereinten Kräften und etwas Glück

Gender Responsive Budgeting in Penang

Wenn der politische Wille und das Know-How vorhanden sind, kann einiges für ein geschlechtergerechtes Haushalten erreicht werden. Der Regierungswechsel in der Provinz Penang ermöglichte erstmals die Anwendung des gender mainstreaming auch in Haushaltsfragen.

Als Anfang 2012 die Penang Women Development Corporation (PWDC) als staatliche Stelle zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit ins Leben gerufen wurde, hatten alle Beteiligten bereits einen »langen Atem« bewiesen: jahrelange Lobbyarbeit, die Gründung eines Komitees, einer NGO und einer Task Force, die Erstellung einer Forschungsstudie, die Vorbereitung einer Vielzahl von Konferenzen und Trainings sowie einer Studienreise nach Berlin.

Der Erfolg dieser langjährigen Bemühungen ist vor allem der Verdienst dieses engagierten Netzwerks von VertreterInnen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik. Ein »Quäntchen« Glück gehörte schließlich auch noch dazu, als einige der Schlüsselfiguren des Netzwerks zur richtigen Zeit am richtigen Ort zusammenkamen.

Verteilungsgerechtigkeit als Maßstab guter Regierungsführung

Der Weg für diese Entwicklungen wurde 2008 geebnet, als bei den nationalen Parlamentswahlen die malaysische Regierungskoalition zum ersten Mal seit 1957 ihre Zweidrittelmehrheit verlor. Das lockere Wahlbündnis der Oppositionsparteien Parti Keadilan Rakyat (PKR), Democratic Action Party (DAP) und Parti Islam Se-Malaysia (PAS) konnte jedoch nicht nur auf nationaler Ebene beachtliche Erfolge erzielen, sondern stellt bis heute in vier der zwölf Bundesstaaten die Landesregierung, so auch in Penang an der Westküste Malaysias. (2009 fiel einer der Staaten wieder an die Regierung zurück, nachdem drei Abgeordnete zur Regierungskoalition gewechselt hatten).

Einiges hat sich seit dem Machtwechsel verändert. Die neue Regierung hat sich die Prinzipien Kompetenz, Verantwortlichkeit und Transparenz als Instrumente guter Regierungsführung auf die Fahnen geschrieben. Konsequenzen waren nicht zuletzt die signifikante Senkung der Staatsausgaben und die Einführung öffentlicher Ausschreibungen für Regie-

rungsaufträge. Vor allem aber gibt sich die Landesregierung volksnah, möchte das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Regierungsarbeit gewinnen und diese verstärkt in Entscheidungsprozesse mit einbeziehen.

Nicht das Gleiche für alle, sondern für jeden das Richtige

Abgesehen von Kompetenz, Verantwortlichkeit und Transparenz sollte eine gerechte staatliche Verteilungspolitik Maßstab für gute Regierungsführung sein. Und zwar gerecht nicht im Sinne von »für alle das gleiche«, sondern gerecht im Sinne von »für jeden das richtige«. Auf der Konferenz »Gender Mainstreaming: Justice for All« wurden im Sommer 2010 Empfehlungen für mehr Geschlechtergerechtigkeit in Penang entwickelt und an den Ministerpräsidenten des Bundesstaates überreicht. Als zentrales Instrument nannten die AutorInnen die Anwendung von Gender Responsive Budgeting (GRB). Das jährliche Haushaltsbudget der Provinz Penang solle »gender-responsive and equitable« aufgestellt werden.

Und dabei blieb es noch lange nicht. Eine Feldforschung über die Möglichkeiten der Umsetzung von GRB in Penang, die von der ortsansässigen Nichtregierungsorganisation 3Gs (Good Governance and Gender Equality Society Penang) sowie des Women's Development Research Centres (KANITA) der University of Science Malaysia durchgeführt wurde, kam zu viel versprechenden Ergebnissen. Und damit wurde auch der Enthusiasmus einiger Kommunalbeamter für GRB auf kommunaler Ebene geweckt. Im Laufe des Jahres 2011 fanden daher zwei Workshops statt, um einem gemischten Publikum aus Regierungs- und KommunalbeamterInnen, NGOs, AkademikerInnen und PolitikerInnen die Prinzipien geschlechtergerechten Haushaltens zu erläutern. Eine Studienreise in die deutsche Hauptstadt ermöglichte den im Prozess involvierten Schlüsselpersonen außerdem, die Erfahrungen Berlins bei der Implementierung von GRB kennen zu lernen.

Was ist Gender Budgeting überhaupt?

Aber was ist das denn eigentlich, dieses »GRB«? Laut einer weit verbreiteten Definition des Europarates von 2005, ist »Gender Budgeting (...) eine Übertragung von Gender Mainstreaming auf das Haushaltsgeschehen. Es bedeutet eine Überprüfung von Haushalten sowie die Einbeziehung der Geschlechterperspektive in allen Stadien des Haushaltsprozesses mit dem Ziel, durch die Umverteilung von Einnahmen und Ausgaben Geschlechtergerechtigkeit zu fördern«. GRB basiert auf der Annahme, dass Männer und Frauen oft unterschiedliche Aufgaben, Inter-



Teilnehmer des
ersten Gender
Responsive Bud-
geting Workshops
in Penang
Foto: 3Gs
Februar 2011

essen und Bedürfnisse haben und daher unterschiedlichen Nutzen aus den öffentlichen Leistungen und Angeboten ziehen. Eine Bürger- und »Nutzerorientierte« Haushaltspolitik kann daher nicht genderneutral sein, sondern sollte differenziert mit ihren finanzpolitischen Entscheidungen den tatsächlichen Bedürfnissen Rechnung tragen und dazu beisteuern, mehr Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen.

Wie kann GRB langfristig in die Tat umgesetzt werden? Trotz des großen Enthusiasmus war allen Beteiligten in Penang klar, dass es starken politischen Willens und letzten Endes eines staatlichen Instrumentes bedarf, um ein solides Fundament für die Umsetzung von Gender Responsive Budgeting zu schaffen. Die unermüdliche Lobbyarbeit zahlte sich schließlich aus. Die Landesregierung in Penang sowie seine beiden Gemeinden stellten nicht nur Geld für ein GRB-Pilotprojekt zur Verfügung, sondern etablierten auch die »Penang Women Development Corporation« (PWDC).

**Politik und Zivilgesellschaft
ziehen an einem Strang**

Die PWDC wird in Zukunft nicht nur die Landesregierung bei der Formulierung von Vorgaben zu Geschlechter- und sozialer Gerechtigkeit beraten, sondern nimmt auch eine Schlüsselrolle bei der Implementierung des auf vorerst drei Jahre angesetzten GRB-Pilotprojektes ein. Die Arbeitsfelder des PWDC in Penang reichen insgesamt von Gleichstellungspolitik und Interessenvertretung bis hin zu Empowerment, Aufbau von Kapazitäten und Bildung von Netzwerken. Als Teil des Pilotprojekts werden momentan Anknüpfungspunkte für GRB in den

öffentlichen Leistungen (den so genannten »Produkten«) Sicherheit und Sauberkeit überprüft. Erstes Ergebnis des Austauschs mit BürgerInnen ist beispielsweise die Errichtung einer Ampelanlage an einer Hauptverkehrsstraße, die tagsüber häufig von Frauen und Kindern überquert wird. Da eine Ampel der Kommune aber zu teuer ist, wird nun die Möglichkeit eines »Verkehrslotsen« diskutiert, der – bezahlt durch öffentlich Gelder – zu den meistfrequentierten Zeiten an dieser Stelle den Verkehr regelt und ein sicheres Überqueren der Straße ermöglicht.

Der »Fall Penang« zeigt eindrucksvoll, was möglich ist, wenn Politik und Zivilgesellschaft an einem Strang ziehen. Auch wenn das Ziel noch nicht erreicht ist, trägt der Prozess Schritt für Schritt dazu bei, den öffentlichen Haushalt den tatsächlichen – und vor allem unterschiedlichen – Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürgern von Penang anzupassen. Er ermöglicht auch, die Ausgaben und finanzpolitischen Entscheidungen transparenter, demokratischer und sozial gerechter zu gestalten. Die beteiligten NGOs und akademischen Institution werden sich jedoch stetig weiter darum bemühen müssen, dass der Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit in den technokratischen Prozessen nicht vernachlässigt wird.

Literatur

- > Frey, Regina: Gender Budgeting als geschlechterpolitische Strategie, in: Internationale Politik und Gesellschaft Online: International Politics and Society. – 2010, 2. (2010).
- > Electronic ed.: Berlin: IPG-Redaktion, 2010, S. 36. http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2010-2/04_a_frey_d.pdf